

Erneuerte Kritik an der Landesregierung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rufen die Menschen in den Orten entlang der geplanten Verlängerung der Autobahn 14 auf, gegen das Projekt ihre Einwände vorzubringen. "Noch bis Ende April ist dies möglich", so Sebastian Striegel, Mitglied des Landesvorstandes. Laut Landesverwaltungsamt liegen die nötigen Unterlagen dazu in den Ortschaften zwischen Wolmirstedt und Colbitz im Bördekreis aus. Sie könnten auch im Internet eingesehen werden.

Striegel bekräftigte die bündnisgrüne Kritik an der Landesregierung, die Erweiterung der A14 trotz immenser Kostensteigerungen durchziehen zu wollen. "Der aktuelle Kostenstand liegt bei 1,3 Milliarden Euro oder acht Millionen Euro pro Kilometer. Neues Geld bekommt Verkehrsminister Daehre nicht in die Hand, denn im Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist die A14 nicht zu finden." Stur am Projekt festzuhalten, unter dem Motto "Koste es, was es wolle", sei unverantwortlich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt wollen statt eines Neubaus die B 71 und die B 189 ausbauen und mit Ortsumgehungen versehen. Striegel. "Das käme – in Bau und Unterhalt – deutlich günstiger, würde die Beeinträchtigungen für den Naturraum gering halten und ließe sich schneller realisieren."

Ein Verzicht auf den Autobahnbau würde Geld freisetzen, das in Bildung und Wissenschaft dringend gebraucht würde. Mit dem Geld für zwei Autobahnkilometer könnte das Betreuungsverhältnis in den sachsen-anhaltischen Kindergärten nachhaltig auf 1:6 verbessert werden", so Striegel. Auch ließen sich die Mängel im Radverkehr beheben und Radwege in den Kommunen und zwischen den Kommunen anlegen.